

Internationale Klimaprozesse: Trojanische Pferde für die globale Klimapolitik?

geschrieben von Chris Frey | 12. Dezember 2024

WUWT

In einem beispiellosen Schritt haben sich 99 Länder beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag versammelt, um ein Gutachten zum Klimawandel einzuholen. Angeführt von Staaten wie [Vanuatu](#) fordert diese juristische Kampagne den IGH auf, die Verpflichtungen der Staaten zur Bekämpfung des Klimawandels und zum Schutz gefährdeter Länder zu definieren. Die Befürworter sehen darin einen Meilenstein im Kampf gegen die globale Erwärmung, während Skeptiker die Motive, die Wirksamkeit und die möglichen Folgen in Frage stellen. Lassen Sie uns diesen monumentalen Fall näher betrachten und überlegen, ob er nur ein weiteres trojanisches Pferd für eine weitreichende globale Kontrolle ist.

Forbes

FORBES > MONEY

Vanuatu Makes Opening Argument In International Court's Climate Change Opinion

Der Fall: Klimahaftung auf dem Prüfstand

Dieser Fall geht auf eine [Resolution](#) der Generalversammlung der Vereinten Nationen zurück, in welcher der IGH aufgefordert wird, die rechtliche Verantwortung von Staaten im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu klären. Dabei geht es um zwei zentrale Fragen:

1. Inwieweit sind die Staaten rechtlich verpflichtet, ihre Emissionen zu begrenzen und den Klimawandel abzumildern?

2. Welche Entschädigungen werden den von den Klimaauswirkungen unverhältnismäßig stark betroffenen Staaten geschuldet, insbesondere kleinen Inselstaaten, die mit dem Anstieg des Meeresspiegels konfrontiert sind?

Das beratende Gutachten des IGH ist zwar rechtlich nicht bindend, könnte aber einen wichtigen Präzedenzfall schaffen und künftige Klimaverhandlungen, Gerichtsverfahren und politische Maßnahmen beeinflussen.

Die treibende Kraft: Das verzweifelte Glücksspiel der Inselnationen

Inselstaaten wie Vanuatu machen seit langem auf ihre Anfälligkeit für den steigenden Meeresspiegel und extreme Wetterbedingungen aufmerksam. Sie argumentieren, dass die wohlhabenden Industrienationen eine unverhältnismäßig große Verantwortung für die „Klimakrise“ tragen und dringend handeln müssen, um die Schäden zu beheben.

Für die Indoktrinierten scheint ihr Argument überzeugend: Warum sollten die großen Verschmutzer nicht die am meisten Betroffenen entschädigen? Aber wenn man tiefer gräbt, wird das Wasser trübe. Die Daten zum Meeresspiegel beispielsweise zeigen weit weniger konsistente Trends als von den Alarmisten behauptet, wobei die Schwankungen durch natürliche Phänomene wie tektonische Aktivitäten und die Ozeanzirkulation beeinflusst werden. Darüber hinaus werden die Komplexität des Klimasystems und die bedeutende Rolle natürlicher Schwankungen ignoriert, wenn man die globalen Temperaturveränderungen ausschließlich auf menschliche Emissionen zurückführt.



Was steht wirklich auf dem Spiel?

In diesem Fall geht es nicht nur um den Meeresspiegel oder Entschädigungen, sondern auch um Macht. Wenn sich der IGH auf die Seite der Kläger stellt, könnte dies künftige Klagen ermutigen und de facto einen globalen Regulierungsrahmen für Emissionen schaffen. Aus folgenden Gründen sollte das jedem zu denken geben:

1. Nationale Souveränität in Gefahr

Die Stellungnahme des IGH könnte die Souveränität der Staaten untergraben und es nicht gewählten Richtern ermöglichen, die Klimapolitik zu diktieren. Länder wie die Vereinigten Staaten und China, die sich bereits gegen verbindliche internationale Abkommen wehren, könnten dies als eine Übervorteilung ansehen, die ihr Recht auf Selbstbestimmung beeinträchtigt.

2. Das finanzielle Fass ohne Boden

Ein Urteil zu Gunsten der Inselstaaten könnte den Weg für Klimareparationen in Billionenhöhe ebnen. Wohlhabende Länder würden sich mit steigenden Forderungen nach Finanzierung von Anpassungsprojekten konfrontiert sehen, wodurch möglicherweise Ressourcen von inländischen Prioritäten abgezogen würden. Schlimmer noch: Solche Zahlungen könnten Anreize für Korruption und Misswirtschaft in den Empfängerländern schaffen, wo es oft an Transparenz und Rechenschaftspflicht mangelt.

3. Rechtliches Chaos

Wenn Emissionen zur Grundlage für die Haftung werden, öffnet dies die Schleusen für endlose Rechtsstreitigkeiten. Von Unternehmen bis hin zu einzelnen Regierungen gibt es unzählige potenzielle Beklagte. Das ist keine Gerechtigkeit, sondern der Traum eines jeden Anwalts und der Albtraum eines jeden Politikers.

Zweifelhafte Präzedenzfälle: Historische Klimaprozesse

Der Fall des IGH ist nicht der erste Versuch, die Gerichte für den Klimaaktivismus zu instrumentalisieren. Ähnliche Bemühungen hatten gemischte Ergebnisse:

– **Urgenda Foundation vs. Niederlande (2019)**: Ein niederländisches Gericht entschied, dass die Regierung die Emissionen reduzieren muss, um die Klimaziele zu erreichen. Das Urteil wurde als Sieg gefeiert, löste aber Gegenreaktionen aus, weil es Klimazielen Vorrang vor demokratischen Prozessen einräumt. ([Link](#))

– **Juliana vs. United States (2015)**: Amerikanische Jugendliche verklagten

die US-Regierung, weil sie sie nicht vor dem Klimawandel geschützt hatte. Der Fall ist zwar dramatisch, hat sich aber in einem verfahrenstechnischen Gerangel verzettelt und zeigt die Grenzen des richterlichen Aktivismus auf. [\(Link\)](#)

Diese Fälle zeigen, dass Gerichte schlecht geeignet sind, um komplexe, vielschichtige Themen wie den Klimawandel zu behandeln. **Lösungen erfordern demokratische Debatten, offene wissenschaftliche Untersuchungen und technologische Innovationen – und keine richterlichen Anordnungen.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Wer profitiert?

Man folge dem Geld, und das Bild wird klarer. Internationale Klimaprozesse dienen den Interessen von:

1. Globale Bürokratien

Organisationen wie die Vereinten Nationen leben von der Ausweitung ihres Einflusses. Die Umwandlung von Klimafragen in rechtliche Verpflichtungen stärkt ihre Rolle als globale Schiedsrichter der Politik.

2. Entwicklungsländer mit Druckmitteln

Indem sie sich selbst als Opfer darstellen, hoffen einige Entwicklungsländer, massive Zahlungen von wohlhabenderen Ländern zu erhalten und so ihre eigene Entwicklungsagenda unter dem Deckmantel der Klimagerechtigkeit zu subventionieren.

3. Klima-Aktivisten

Rechtsstreitigkeiten geben Aktivisten eine öffentlichkeitswirksame Plattform, um ihre Agenda voranzutreiben und politische Opposition und öffentliche Skepsis zu umgehen.

Die wahre Agenda hinter der Klage

Der IGH-Fall mag als Kampf für Gerechtigkeit verbrämt sein, aber wenn man an der Oberfläche kratzt, sieht es eher nach Machtübernahme aus. Es geht nicht darum, gefährdete Nationen zu schützen – **es geht darum, ein globales Klimaregime durchzusetzen, das die nationale Souveränität außer Kraft setzt, die Brieffaschen der Steuerzahler leert und eine globale Elite bereichert.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2024/12/09/international-climate-litigation-a-trojan-horse-for-global-climate-policy/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE